



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

χ. ρ.: Vom preußischen Landtage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

den türkischen. Der mächtige Wall des Balkan lag noch unbetreten von der Armee der Angreifer da, sein großer Waffenplatz Schumla hatte sich derselben mit bestem Erfolge erwehrt und triumphirend gesehen, wie sie ihm mehr als decimirt den Rücken kehrte, selbst das verhältnißmäßig kleine Silistria war nicht zu nehmen gewesen. Die Siege im fernen Asien wogen den Rückzug in Bulgarien, nachdem nur ein mäßiger Theil der Hoffnungen, mit denen man russischerseits ausgezogen war, sich erfüllt hatte, nicht auf.

Auch der moralische Eindruck, den alle diese Erwägungen auf die Gemüther im Westen machten, war den bisher gering geschätzten Türken, die sich in Ibrail, in Warna und vor Schumla so wacker gehalten hatten, günstiger als den Russen, die in der Uebermacht gewesen waren. Endlich hielt mit der Anerkennung im Auslande die Steigerung der Zuversicht im Innern gleichen Schritt. Man hatte gesehen, daß man mit einiger Umsicht und Energie dem Gegner Stand zu halten vermochte, und man rüstete sich, ihm bei seinem nächsten Versuche kräftiger zu begegnen. In einem zweiten Artikel werden wir sehen, daß die hieran sich knüpfenden Hoffnungen vor allem an der Unfähigkeit der türkischen Strategie scheiterten, welche, die Küstenvertheidigung vernachlässigend, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel bei Schumla und den Pässen des Balkan anhäufte.

---

## Tom preussischen Landtage.

Berlin, 28. Januar.

Der Landtag ist seit dem 12. d. M. versammelt. Während das Herrenhaus, wie gewöhnlich, sofort nach seiner Constituirung wieder Ferien machte, ist das Abgeordnetenhaus unmittelbar in die Arbeit eingetreten. Die Wahlen vom letzten Oktober haben viel neue Gesichter in das Haus am Dönhofsplatz gebracht; die Parteien aber und ihre Führer sind die alten geblieben. Die „große conservative Partei“, welche im vorigen Sommer so geräuschvoll angekündigt wurde, sucht man vergebens. Nicht einmal die Neu- und die Altconservativen haben sich zu einer einzigen Fraction verschmolzen, geschweige denn die gesammte Rechte. Die wesentlichste Veränderung auf dieser Seite besteht darin, daß das Häuflein der Altconservativen sich verdoppelt hat, d. h. auf ganze neun Mann angeschwollen ist. In ungebrochener Stärke steht die nationalliberale Partei, mit ihren 174 Mitgliedern; auch die zweitgrößte Fraction,

das Centrum, um mehr als das doppelte überragend. Die Fortschrittspartei hält numerisch der gesammten Rechten die Wage.

Am Beginn der Sessionen und ganz besonders der Legislaturperioden pflegt die erste Kraftprobe der Parteien die Präsidentenwahl zu sein. Diesmal trug sie einen außergewöhnlich interessanten Charakter. In der abgelaufenen Legislaturperiode war der Präsident der nationalliberalen Partei, der erste Vicepräsident der Fortschrittspartei, der zweite der freiconservativen Partei entnommen. Das Centrum, welches seiner Mitgliederzahl nach die Anwartschaft auf die erste Vicepräsidentenstelle gehabt hätte, blieb als nichtpolitische und obendrein die Souveränität des Staates leugnende Partei unberücksichtigt. In dem Stärkeverhältniß der Fractionen des neuen Hauses lag kein Grund, von der bisherigen Praxis abzugehen. Aber der eben beendete Reichstagswahlkampf, insbesondere die unerhörten Angriffe der Fortschrittspartei gegen die Nationalliberalen, konnten auf die Stellung der Parteien im Landtage nicht ohne Rückwirkung bleiben. Einen Augenblick hieß es, die Nationalliberalen wollten an der bisher befreundeten Nachbarfraction durch vollständige Ausschließung derselben vom Präsidium Rache nehmen. Sehr bald jedoch gewann die ruhige Ueberlegung die Oberhand. Nach der bisherigen Uebung hätte die Ausschließung nur dann als berechtigt gelten können, wenn der politische Charakter der Fortschrittspartei eine ähnliche grundsätzliche Staatsfeindlichkeit aufwies, wie derjenige des Centrums. Der gerecht Urtheilende wird bei aller Antipathie gegen den verblendeten Doctrinarismus der Fortschrittler zugeben, daß dies nicht der Fall ist. Alsdann aber wäre die Ausschließung ein Act der Fractionsrancüne gewesen, und diese wird eine große Partei verschmähen. Was die Nationalliberalen ihrer Ehre schuldeten, war, daß sie der Fortschrittspartei zur Bedingung stellten, zum ersten Vicepräsidenten nicht einen der Männer vorzuschlagen, welche die oben erwähnten Angriffe begonnen und während des Kampfes geleitet hatten, also auch nicht den bisherigen Inhaber des Postens, Herrn Hänel. Die Heißsporne der Fortschrittspartei betrachteten die Ablehnung dieser Bedingung als selbstverständlich; sie zeigten nicht übel Lust, ihrem vieler Genossen im Abgeordnetenhause dasselbe Schicksal zu bereiten, wie kurz zuvor im Reichstage. Herr Hänel selbst scheint aber an einer Wiederholung dieser Komödie kein Gefallen gefunden zu haben, und so entschloß man sich nach einer heißen Debatte im Schoße der Fraction, den von nationalliberaler Seite von vorneherein als genehm bezeichneten Herrn Klotz zu präsentiren. Hinterher wurde dann der Versuch gemacht, diesen Rückzug zu beschönigen, sogar zu leugnen; freilich ohne Erfolg.

Conservative und gouvernementale Preßorgane haben den Vorgängen bei der Präsidentenwahl eine Bedeutung beigelegt, die sie nicht verdienen. Ganz

unzutreffend ist die Behauptung, die nationalliberale Partei habe sich aufs Neue um die Freundschaft der Fortschrittspartei beworben, sie habe die Erinnerung an die jüngste Vergangenheit auslöschen wollen, und was dergleichen mehr ist. So wenig früher die erste Vicepräsidentenstelle der Fortschrittspartei aus freundschaftlicher Zuneigung eingeräumt ist, ebensowenig ist es jetzt geschehen; beide Male ist lediglich die Erwägung maßgebend gewesen, daß die Fortschrittspartei — vom Centrum abgesehen — die zweitgrößte Partei des Hauses ist. Zu leugnen ist freilich nicht, daß, wenn dies überhaupt nöthig gewesen wäre, auch ein gewichtiger Zweckmäßigkeitsgrund für die Belassung der Fortschrittspartei in dem Posten hätte geltend gemacht werden können. Die nationalliberale Partei hat keine Veranlassung, denjenigen Elementen der Fortschrittspartei, welche dem Terrorismus der Heißsporne noch einigen Widerstand leisten, die Position zu erschweren. Dies würde sie aber gethan haben, hätte sie der Fortschrittspartei den ersten Vicepräsidentenposten versagt. —

Aufgabe der gegenwärtigen Session soll vorwiegend die Budgetberathung sein. Das Exposé, mit welchem der Finanzminister die Vorlegung des Stats zu begleiten pflegt, durchklang diesmal ein in Preußen seit langer Zeit ungewohnter und wenig einschmeichelnder Ton. Sonst liebte Herr Camphausen, mit freundlichem Lächeln das überquellende Füllhorn zu entleeren; heuer flog nur selten ein kaum merkbarer Sonnenblick über das unwölkte Antlitz. Ueberall steht es geschrieben: „die fetten Jahre sind vorüber.“ Aber noch ist kein Grund zum Pessimismus. Wir kehren zu normalen Zuständen zurück, sonst nichts. Wenn die Stempelsteuer noch immer um ein Beträchtliches hinter dem Soll-  
etat zurückbleibt, wenn der Ertrag der Eisenbahnen den Voranschlag nicht erreicht, wenn die Bergwerke in Folge der niedrigen Kohlenpreise weniger abwerfen, so ist dagegen nicht zu übersehen, daß der Ertrag der directen Steuern den Voranschlag überschreitet. Allerdings ist weise Sparsamkeit geboten; aber nirgends liegt begründete Besorgniß vor, daß dieselbe das Maß des Ersparlichen überschreiten werde. Der im Verhältniß zu den Vorjahren sehr niedrige Betrag des diesmaligen Extraordinariums bedeutet nur scheinbar eine große Reduction der Ausgaben für neue Unternehmungen; in Wahrheit erhöht sich die in demselben vorgesehene Summe von ca. 20 Millionen durch noch vorhandene Restbestände auf reichlich 70 Millionen. Wenn die Unsitte, durch Hypertrophie des Extraordinariums so kolossale Restbestände aufzuhäufen, bei dieser Gelegenheit beseitigt wird, so ist das nur als ein Glück für unsere Finanzwirthschaft zu betrachten.

Die erste Lesung des Stats, sonst ein Glanzpunkt der Sessionen, war nüchtern und zum Theil herzlich unbedeutend. Mit gediegener Sachlichkeit beleuchtete der nationalliberale Redner, Rickert, die Finanzlage. Schwarzseher

warfen ihm vor, er habe zu rosenfarben geschildert. Wir glauben, mit Unrecht. Das Facit seiner Ausführungen war: Unsere Finanzlage ist frei von organischen Abnormitäten, die zu ernstest Befürchtungen Anlaß geben könnten; die noch immer andauernde volkswirtschaftliche Krise kann natürlich auf die Staatswirtschaft nicht ohne Rückwirkung bleiben, aber so sicher jene Krise überwunden werden wird, so sicher wird auch diese Wirkung verschwinden. Die diesjährige Paraderede der „Finanzautorität der Fortschrittspartei“, wie Blätter seiner Richtung Herrn Eugen Richter so gern bezeichnen, litt stark unter den bitteren Erfahrungen des Wahlkampfes. Die Wortführer des Centrums, die ja das Privileg besitzen, jede sachliche Behandlung politischer und wirtschaftlicher Fragen zu perhorresciren, erfreuten mit den altbekannten Platitüden und Quereken. Gespannt durfte man auf den Agrarier v. Rauchhaupt sein. Nach dem gewaltigen Lärm, welchen die Partei der „Steuer- und Wirtschaftsreformer“ während der Wahlbewegung vollführte, schien von ihm die Entwicklung eines umfassenden Steuerreformplanes in Aussicht zu stehen. Was er vorbrachte, ging indeß nicht über die Aphorismen hinaus, welche Fürst Bismarck gelegentlich im Reichstage hingeworfen hat. Auch auf liberaler Seite leugnet wohl kaum Jemand die Reformbedürftigkeit unseres Steuersystems. Aber daß sich die ungeheure Aufgabe nicht im Handumdrehen lösen läßt, wie die Agrarier dem Volke einzureden versuchten, dafür liefert das von Herrn v. Rauchhaupt entwickelte Programm selbst den Beweis.

Dem Budget verwandt ist die Vorlage wegen anderweitiger Einrichtung des Zeughauses in Berlin. Dieselbe hat bekanntlich bereits eine Geschichte. Es handelt sich darum, den herrlichen Schlitterschen Bau in ein Waffnenmuseum umzuwandeln, welches die Entwicklung der preussischen Armee veranschaulichen soll. Nicht lange vor dem Schluß der letzten Session wurde dieser Entwurf eingebracht. Damals sprach man von Umwandlung des Zeughauses in eine „Ruhmeshalle“ und verlangte 6 Millionen, die aus der französischen Kriegskostenentschädigung entnommen werden sollten. Die Budgetcommission vermifzte vor Allem eine Verzichtleistung des Reichs auf seinen Mitbesitz am Zeughause, sodann auch die Gewähr, daß das monumentale Bauwerk in der von seinem Erbauer ihm gegebenen architektonischen Gestalt durch die Umwandlung nicht beeinträchtigt werden würde. Darüber blieb die Vorlage unerledigt, oder vielmehr die Regierung zog sie stillschweigend zurück. Vorher aber hatte das übereifrige Heer der Officiösen versucht, die Stellung namentlich der national-liberalen Partei zu dem Plane in der niedrigsten Weise zu verdächtigen und daraus Kapital zu schlagen. Lediglich diese Erinnerung war es, was dem diesmaligen Gesetzentwurfe gleich bei seinem Erscheinen einen pikanten Beigeschmack gab. Im Uebrigen werden jetzt nur 4,330,000 Mark verlangt, wo-

von 400,000 Mark Abfindung an das Reich, und der Titel „Ruhmeshalle“ ist fallen gelassen. Principielle Opposition erfährt das Project nur von der Centrumspartei; Windthorst und Gerlach Arm in Arm ermahnten zur Buße für 1866, statt zum „Rühmen.“ Die Fortschrittspartei ist gespalten; ein Theil acceptirt die Vorlage, ein anderer will weitgehende Beschränkungen. Die überwiegende Mehrheit des Hauses wird den Regierungsentwurf mit einigen von der Budgetcommission hinzugefügten Cautelen annehmen.

Die schlechte Gepflogenheit des preussischen Landtags, bei der Etatsberathung über alles Mögliche und noch einiges Andere zu reden, wird auch diesmal von den Ultramontanen zur Herbeiführung aufregender Kulturkampfscenen, deren sie zur Aufstachelung der Massen nicht entrathen können, redlich ausgebeutet. So benutzte der Cyniker des Centrums, Herr Schröder-Lippstadt, den Justizetat zu einer bisher unerhörten Verhöhnung der Staatseinrichtungen — im Augenblicke des offenen Wahlbündnisses zwischen Ultramontanismus und Socialdemokratie freilich kein Wunder. Auch in selbständigen Anträgen nimmt die Centrumspartei den Kampf gegen die Staatsgewalt auf. Herr Reichenperger veranlaßte eine erregte Debatte über die Frage des Religionsunterrichts in den Volksschulen. Der Kultusminister aber fertigte die bekannte mißbräuchliche Auslegung des Artikels 24 der Verfassung glänzend ab, und die ungeheure Mehrheit des Hauses stimmte ihm bei.

x. 9.

## Literatur.

Die Volksstämme der europäischen Türkei von Dr. Lorenz Diefenbach.  
Frankfurt a. M., Verlag von Christian Winter, 1877.

Der bekannte Ethnolog giebt hier für das größere Publikum einen Ueberblick über die vom Titel genannten Völkerschaften nach ihren Hauptmerkmalen, dem Namen des betreffenden Stammes, dessen Sprache und Körperbeschaffenheit, dessen geistigen Anlagen, dessen Wanderungen in der Vorzeit und dessen Verwandtschaft mit anderen Stämmen. Wir bemerken, daß Vieles hiervon, wie der Verfasser nicht verkennet, zweifelhafter Natur ist. Dies gilt namentlich von der Bestimmung der Zugehörigkeit einzelner Stämme zu der oder jener Gesamtnationalität und von der Genauigkeit der Zahlen bei den Angaben über deren Stärke. Nach den neuesten und besten Quellen setzte sich die Bevölkerung der europäischen Türkei aus folgenden Bestandtheilen zusammen: